

18./1. 1916.

Das Durcheinander in der Sozialdemokratie.

In der Reichstags- und in der Landtagsfraktion der Sozialdemokratie sind die Rollen zwischen Mehrheit und Minderheit vertauscht. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hält an der seit Kriegsausbruch eingeschlagenen Politik des Durchhaltens fest. Die Minderheit der Reichstagsfraktion aber fügt sich der Mehrheit nicht, sondern hat den Parteistreit auf die Reichstagstribüne getragen und sich eines schweren Disziplinbruchs schuldig gemacht. In der sozialdemokratischen Landtagsfraktion steht die heutige Mehrheit in der Kriegsfrage auf dem Standpunkt der radikalen Minderheit der Reichstagsfraktion, und die Minderheit der Landtagsfraktion, die zur Mehrheit der Reichstagsfraktion hält, ordnet sich der Fraktionsdisziplin unter.

Die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus zählt zehn Mitglieder. Fünf davon bildeten bisher eine Liebknecht-Gruppe, die anderen fünf hielten zur Mehrheit der Reichstagsfraktion. Waren alle zehn versammelt, so war es manchmal schwer, überhaupt einen Fraktionsbeschluss zu fassen, weil fünf gegen fünf standen. Fehlte hieben oder drüben ein Mitglied, so hing es von einer Stimme ab, ob zufällig die Fraktionsmehrheit radikal oder gemäßigter war. Zur Liebknecht-Gruppe wurden bisher gerechnet: Hofer, Adolph Hoffmann, Paul Hoffmann, Liebknecht, Ströbel. Auf dem anderen Flügel standen: Braun, Haenisch, Hirsch, Hué, Leinert. Wie wir schon neulich andeuteten und heute auch aus dem „Vorwärts“ erkennbar ist, hat aber in letzter Zeit eine Neugruppierung unter den Zehn stattgefunden: Der Vorsitzende der Fraktion, Abg. Hirsch, ist von dem rechten Flügel auf die Liebknecht-Seite getreten.

Aus dem „Vorwärts“ ergibt sich auch, daß die gestern vom Abg. Hirsch im Abgeordnetenhaus abgegebene Fraktionserklärung zum Kriege die Zustimmung der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens, d. h. des Parteivorstandes für Preußen, nicht gefunden hat, vielmehr von der preußischen Landeskommission gemißbilligt wird. Die Landeskommission hat nämlich am 14. Januar zu der von der Landtagsfraktion zur Etatsberatung formulierten Erklärung mit 25 gegen 6 Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landeskommission, nach dem Statut zur Führung der Parteigeschäfte der Sozialdemokratie Preußens berufen, kann der von der Mehrheit der Landtagsfraktion beschlossenen Erklärung zum Kriege nicht zustimmen. Sie billigt die Haltung und Politik der Reichstagsfraktion, die in der Erklärung vom 4. August festgelegt ist und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen.“

Nach Annahme dieses Beschlusses trat die Landtagsfraktion zu erneuter Beratung ihrer Erklärung zusammen. Die Fraktion nahm, wie der „Vorwärts“ sagt, „zwar einige Änderungen an ihrer Erklärung vor, berücksichtigte aber wesentliche Wünsche der Landeskommission nicht.“ Darauf fasste die Landeskommission mit 21 gegen 5 Stimmen folgenden Beschluss:

Die Landeskommission bedauert, daß die Fraktion des Abgeordnetenhauses den gestrigen mit 25 gegen 6 Stimmen gefassten Beschluss, wonach die Landeskommission erwartet, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen, nicht berücksichtigt hat.“

Die sechs Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Hirsch, Hofer, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Liebknecht und Ströbel antworteten darauf heute in einer gemeinschaftlichen Erklärung im „Vorwärts“, daß sie „als Richtschnur für ihre Tätigkeit nur das Parteiprogramm und die Beschlüsse der nationalen und internationalen Parteitage anerkennen können; sie bestreiten der Landeskommission das Recht, ihr die Politik vorzuschreiben.“

Die Minderheit der Landtagsfraktion, die vier Abgg. Braun, Haenisch, Hué, Leinert sind gestern dem Beispiel der Minderheit der Reichstagsfraktion vom 21. Dezember nicht gefolgt. Sie haben gegen die vom Abg. Hirsch verlesene Erklärung der Fraktionsmehrheit keine Sondererklärung abgegeben. Aber Abg. Haenisch veröffentlicht heute im „Vorwärts“ eine Gegenerklärung. Er sagt u. a.:

„Trotz der Vorgänge, die sich am 21. Dezember im Reichstage abgepielt haben, ist die auf dem Boden der Politik des 4. August stehende Minderheit der preußischen Landtagsfraktion entschlossen, ihrerseits nach wie vor streng die Partei- und Fraktionsdisziplin aufrecht zu erhalten. Ebenso wie die drei anderen der Fraktionsminderheit angehörenden Genossen habe ich deshalb darauf verzichtet, im Abgeordnetenhaus selbst gegen die Erklärung zu protestieren, die Genosse Hirsch im Namen der Fraktionsmehrheit zur Friedensfrage abgegeben hat. Aber ich kann es für meine Person nicht unterlassen, wenigstens in der Presse von dieser Erklärung soweit wie nur möglich abzurücken...“

Außerdem steht die Erklärung der preußischen Fraktionsmehrheit im schroffsten Widerspruch zur Politik der Reichstagsfraktion und zu den Beschlüssen des Parteiausschusses, denen sich auch die preußische Landeskommission erst vor wenigen Tagen ausdrücklich angeschlossen hat. Das Vorgehen der preußischen Fraktionsmehrheit bedeutet daher einen schweren Bruch der heute mehr als je gebotenen Einheitlichkeit unserer politischen Aktion. Auch aus diesem Grunde lehne ich jede Mitverantwortung für die Politik der preußischen Landtagsfraktion und für die Folgen dieser Politik ab.“

Erbauliches aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der Reichstagsabgeordnete Heine schreibt in der „Internat. Korresp.“ u. a.: „Die schmachvollsten Flugblätter, voll von Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Fraktionsmehrheit, sind verbreitet worden; haben doch wir Reichstagsabgeordnete in unserem Fraktionszimmer sie auf unseren Plätzen verteilt vorgefunden, wohin sie, da niemand sonst Zutritt hat, nur durch einen „Kollegen“ gelegt worden sein können. Gedruckt werden diese Machwerke teils in bürgerlichen Ditzingen, teils in Druckereien, die der Partei gehören, man weiß nicht, was schlimmer ist. Liebknecht hat bereits unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges begonnen, die Fraktionsmehrheit vor ausländischen Parteigenossen und in ausländischen Blättern des Berats an der Internationale zu bezichtigen, uns als schwache Seelen zu verhöhnen, die sich vom Imperialismus hätten fortreißen und vor seinen Wagen spannen lassen usw. Die Gewährsmänner der „Berliner Tagwacht“ verleumdete uns wahrheitswidrig als brutale, gierige Annexionspolitiker, die Blut und Gut des Volkes preisgeben wollten.“